



## Protokoll: Sitzung der Begleitgruppe zu IT-Themen aus dem Bereich Grundbuch

---

Datum, Ort, Zeit:

Teilnehmerinnen und Teilnehmer  
(alphabetische Reihenfolge):

16. Januar 2019, Bundesamt für Justiz, BJ  
Christian Bütler, BJ-RI (Sitzungsleitung+Protokoll)  
Ugo de Luca, VD  
Marc Rotzetter, FR  
Marco Rudin, TI  
Claude Eisenhut, BJ (Extern)  
Walter Berli, Terravis  
Anja Risch, BJ  
Christian Dettwiler  
Rainer Bächle, TG  
René Allenspach, TG  
Patrick Ibele, Swisstopo  
Susan Körnli Abis, BE  
Patrick Kummer, BFS  
Peter Rosenberg, ZH

---

Referenz/Aktenzeichen: 190116\_protokoll\_begleitgruppe

Une version française automatiquement traduite de ce document est disponible dans le SharePoint du groupe de travail.

### Begrüssung, Protokoll der letzten Sitzung

- Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

### Pendenzen

- Provisorische Grundstücke: Bereitstellung und Integration. Vorschlag zum Testen erarbeitet. Abgeschlossen.
- Vision/Strategie zu Informatikthemen aus dem Bereich Grundbuch: Brief an Kantone verschicken und Involvierung anfragen.  
→ Anpassung: Neues Vorgehen vereinbart. Wird in der Sitzung behandelt.
- Öffentliche/Nicht-öffentliche Anmerkungen: Abklärung, ob dies einen Einfluss hat: Geht aus dem Protokoll hervor (daher keine Pendezenz).
- Das EGBA erarbeitet bezüglich Quittungen ein Grundlagenpapier, dessen Entwurf an der nächsten Begleitgruppensitzung diskutiert werden soll: Wird behandelt.
- Sitzungseinladungen für Begleitgruppensitzung: Erledigt

## **Mandat Begleitgruppe** (Präsentiert durch Christian Bütler, BJ-RI)

Dieses Thema musste von den Sitzungsteilnehmern vorbereitet werden.  
Es fand eine Diskussion statt, es wurden keine Änderungen gewünscht.

## **Jahresplanung** (Präsentiert durch Christian Bütler, BJ-RI)

Dieses Thema musste von den Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmern vorbereitet werden.

Die Begleitgruppe dient der Umsetzung von Themen des BJ (z. B. Datenmodelle), anderer Bundesstellen (z. B. BFS – hier wurden dank der Koordination in dieser Gruppe schweizweit richtig viele Kosten eingespart, indem der Lösung des BJ einfach ein zweiter Nutzen hinzugefügt wurde), koordinativen Themen (z. B. Strategie/Vision) und Themen der SW-Hersteller und Lösungsanbieter (z. B. Quittung). Bei zu wenig Inhalt wurde die Sitzung jeweils abgesagt.

Es fand eine rege Diskussion statt, wo sich das Problem der „Flughöhe“ und der Kompetenz zeigte: Einerseits sollten ganze Themen angegangen werden (z. B. Harmonisierungsaspekte der GB-Daten verbessern). Wird das Thema so angegangen, führt das erfahrungsgemäß zu keinen Resultaten ausser schönen Worten und gute Absichten. Wird ein zu detailliertes Teilthema angegangen, so vermag das die Gesamtsituation nicht merklich zu verbessern. Weiter wurde gefordert, dass BJ bei Lücken oder ähnlichem bei den Datenmodellen eine Verbesserung einfordert. Dies ist aber ohne gesetzliche Grundlage nicht möglich, weil die Kompetenz zur Führung des Grundbuchs bei den Kantonen liegt. Zudem ist es ausgesprochen ungerne gesehen, wenn die Oberaufsicht Einfluss aufs operative Geschäft in den Kantonen nimmt. Die Oberaufsicht hat in der Regel keine einfach umsetzbaren Sanktionsmöglichkeiten (streichen von Unterstützungsgeldern oder Bussen).

In der Begleitgruppe wird festgehalten und begründet, wenn eine optimale Lösung wegen der geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht möglich ist.

Es wurde Typisierung und Normierung genannt. Wiederum war die Thematik unbestimmt. Grundsätzliche wurden konkrete Ziele gefordert.

Der Sitzungsleiter wird bis zur nächsten Sitzung einen Vorschlag vorbereiten. (Pendenz)

## **Strategievoranschlag zu IT-Themen aus dem Grundbuch**

(Präsentiert durch Anja Risch, BJ-EGBA und Christian Bütler, BJ-RI)

Es wurde betont, dass der Bund zum jetzigen Zeitpunkt keine verbindliche Strategie oder Vision im Bereich Grundbuch erarbeiten kann. Es wäre schön, wenn die Kantone sich zusammen tun könnten und unter eigener Führung ein gemeinsames Vorgehen ausarbeiten könnten. Oder auch nur von gemachten Erfahrungen und Entwicklungen profitieren und so Geld und Zeit zu sparen. Das BJ wird hier keine Führungsrolle übernehmen.

Vorgehen: Es wird ein Brief erarbeitet, welcher zweisprachig an die Kantone versendet wird.

## **Anpassung Datenmodell** (Präsentiert durch Christian Bütler, BJ-RI)

Terris beginnt mit den Tests im Q2 2019.

Das BJ hat in der Langzeitsicherung das neue Datenmodell freigeschaltet.

Es ist mit neuen Datenmodellen zur rechnen aus dem Projekt «Grundstücksuche über einen Personenidentifikator» (GSP). Der Einwand, dass dies zu mehr als zwei gleichzeitigen Standards führt, wurde abgewiesen, da es um eine Umsetzung einer Gesetzesnorm geht, wo auch andere Zeitvorgaben gelten können. Die Kommunikation erfolgt aus dem Projekt.

Keine Pendenz.

## **Wohnungsidentifikator im Grundbuch**

(Präsentiert durch Christian Bütler, BJ-RI)

Ein Wunsch der eCH-Fachgruppe Objektwesen (Vertreten durch Christian Dettwiler).

Ein Gespräch zwischen BFS und BJ fand statt. Das BJ muss noch Arbeiten vervollständigen, bevor das BJ die Aufnahme des Wohnungsidentifikators (EWID) ins Grundbuch prüfen kann. Keine Pendeuz.

## **BFS: Immobilienpreisindex und Eigentümertyp – Vorschlag für Umsetzung** (Präsentiert durch Patrick Kummer, BFS)

Vorstellung des Briefs an die Kantone (Beilage)

Das BFS hat für allfällige Kommentare der Gruppenteilnehmer eine Frist bis zum 25. Januar eingeräumt. Im Prinzip wird dann Ende Januar die offizielle Mitteilung des BFS an alle Kantone geschickt, um die Datenerhebung anzukündigen.

## **Elektronische öffentliche Urkunde** (Präsentiert durch Anja Risch, EGBA)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden informiert, dass eine Vernehmlassungsvorlage zu der Erstellung der elektronischen öffentlichen Urkunde und zu einem elektronischen Register erarbeitet wurde. Die Vernehmlassung dazu wird voraussichtlich schon sehr bald eröffnet werden.

Eine Information der Begleitgruppe folgt nach der Eröffnung der Vernehmlassung durch den Bundesrat.

Nachtrag: BR - Bundesrat will digitale öffentliche Urkunde <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-73802.html>

Bern, 30.01.2019 - Das Original einer öffentlichen Urkunde soll künftig in elektronischer Form erstellt werden. Die elektronischen Dokumente sollen weiter in einem neu zu schaffenden nationalen Urkundenregister sicher aufbewahrt werden. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 30. Januar 2019 das entsprechende Bundesgesetz über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen (EÖBG) in die Vernehmlassung geschickt.

## **Kategorisierung Belege** (Präsentiert durch Anja Risch, EGBA)

Im letzten Jahr wurden einige Änderungen der Grundbuchverordnung in die Vernehmlassung gegeben. Vorgeschlagen wurde in der Vorlage insbesondere die Anpassung der Bestimmungen, welche die elektronische Auskunft und Einsichtnahme und den erweiterten Zugang im Abrufverfahren betreffen.

Die eingegangenen Stellungnahmen haben gezeigt, dass betreffend Zugang zu den Belegen unterschiedliche Meinungen herrschen. Zudem wurde die Idee aufgebracht die Belege zu kategorisieren. Je nachdem welcher Kategorie die Belege zugewiesen werden, haben unterschiedlichen Personenkreise darauf Zugriff.

Die Auswertung der Vernehmlassung ist aktuell noch am Laufen.

## **Quittungen** (Präsentiert durch Anja Risch, EGBA)

Quittungen sind im Bereich des elektronischen Geschäftsverkehrs offensichtlich von grosser Bedeutung. Das EGBA ist diesbezüglich daran, ein Grundlagenpapier zu erarbeiten.

## **Aufrechterhaltung Zustellplattformen und alternative Plattformen** (Präsentiert durch Christian Bütler, BJ-RI)

Nach der Prüfung aber noch vor der Auswertung ist damit zu rechnen, dass aller Anerkennungen aufrechterhalten bleiben.

## **Diverses** (Präsentiert von Christian Bütler)

- Keine News zur Langzeitsicherung im Vergleich zur letzten Sitzung
- In der Fachgruppe Objektwesen wurde unter der Leitung von Christian Dettwiler gefragt, ob die GB-Standards nicht als offene Standards geführt werden sollen. Dies wurde vom BJ aus diversen Gründen abgelehnt.

## **Pendenzen**

<b>Pendenz</b>	<b>Zuständig</b>	<b>Termin</b>
Es wird ein Brief erstellt, dieser wird der Begleitgruppe vorgelegt. In einem weiteren Schritt dann übersetzt und an die Kantone verteilt.	BJ (BUC)	Nächste Sitzung
Erarbeiten eines konkreten Zielvorschlags auf richtiger Flughöhe bei SW-Lieferanten und Kantonen	BJ (BUC)	Nächste Sitzung

## **Nächste Sitzungen**

20. Februar 2018, Zürich.